



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, George: Nationalpolitik und Staatspolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nationalpolitik und Staatspolitik

Bad Gastein, den 25. Juli 1914.

Von Zeit zu Zeit werden wir Deutschen unbarmherzig vor die Erkenntnis gestellt, daß die Politik des Deutschen Reiches, also die deutsche Staatspolitik, im schroffen Widerspruch zu deutscher Nationalpolitik steht. Von Zeit zu Zeit wird es uns zum Bewußtsein gebracht, daß die kultöblütig und folgerichtig durchgeführte nationale Politik, jene imperialistische Kulturpolitik, die die Führer unserer nationalen Verbände nach innen und außen bewußt erstreben, die die breiten Schichten unseres gebildeten Bürgertums und auch die großen Massen unbewußt ersehnen, in direktem Widerspruch zu den Bedürfnissen der deutschen Staatspolitik steht. Das Schlagwort nationale Wirtschaftspolitik wird für uns ein Anachronismus. Das Bestreben unserer Staatspolitik uns satt und reich und zufrieden zu machen, schwächt die deutsche Nationalität, weil es die bodenständigen und mit der Hand arbeitenden Schichten, auf denen die Stärke und Zukunft eines jeden Volkes beruht, auflöst und an ihre Stelle fremdstämmige, bei uns die Polen, gelangen läßt, die Mehrzahl der Emporgekommenen aber zur Verweichlichung zwingt. Besteht dieser Widerspruch schon in der allgemeinen Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs, so wird in unserem Zusammenhange das, was heute als „nationale Industriepolitik“ oder als „nationale Agrarpolitik“ geht, geradezu zur Lüge. In einem Volk, das soviel volksfremde Arbeitskräfte nötig hat, wie das Deutsche, um seine mobilisierten Geisteskräfte zu betätigen und seine Ansprüche an Wohlbehagen zu befriedigen, kann unter der Herrschaft gleichen Rechts für alle weder Agrarpolitik noch Industriepolitik national sein. Wäre sie

national, so hätten die Sozialdemokraten recht von Klassenstaat und Klassenpolitik zu sprechen, dann müßten die deutschen Schichten vor anderen nicht-deutschen bevorzugt werden. Tatsächlich ist aber das Umgekehrte der Fall: die deutscheste Schicht der Reichsdeutschen, alles das, was Schmoller seinerzeit als den neuen Mittelstand bezeichnet hat, die Staats- und Privatbeamten, die Offiziere und Unteroffiziere, die Lehrer und Pastoren, die geistige Elite des Volks, diese Millionen deutscher Staatsbürger werden geradezu zurückgesetzt zugunsten der rein wirtschaftlich arbeitenden Klassen, die sowohl in ihren Unterschichten wie in ihren Spitzen nicht ohne weiteres der deutschen Nationalität zuzurechnen sind, — diese infolge ihrer wirtschaftlichen oder auch nur finanziellen Abhängigkeit vom Auslande, jene als Zugehörige zu andern Nationalitäten, als Polen.

Diese Beurteilung der Lage des Deutschtums in Deutschland findet ihren lebhaften Ausdruck in allen jenen Organisationen, die das Wort „völkisch“ auf ihr Panier geschrieben haben, nachdem das Wort „national“ einen durchaus unnationalen Inhalt bekommen hat. Ich stimme, so will es mir scheinen, hierin mit den Führern der deutsch-völkischen Verbände überein. Weiter stimme ich mit ihnen überein, wenn ich meine, daß die Wirtschaftspolitik nicht national sein kann, solange mit ihr nicht Hand in Hand eine objektive rücksichtslose Züchtungs- und demokratische Bodenpolitik geht. Aber unsere Ansichten werden sich schon da trennen, fürchte ich, wo die praktische Durchführung der als notwendig erkannten Maßnahmen beginnt. Es ist ohne schwere Schädigung des deutschen Volkstums ein Ding der Unmöglichkeit, den reichsdeutschen Unternehmer aus dem internationalen, die Welt umspannenden Verbande mit seinen Rücksichten und Abhängigkeiten herauszuschälen, es ist weiter unmöglich, den Polen heute noch zu unserem Industrie- oder Agrarflaven zu machen, weil jene international gebundenen und international kämpfenden und konkurrierenden Industriellen und Landwirte in ihren Betrieben nur intelligente, selbständig denkende Arbeiter, nicht aber stumpfe Sklaven brauchen können. Wir sind national (völkisch!) abhängig geworden durch unsere Wirtschaft, und unser Nationalstaat genanntes Reich ist augenscheinlich nicht befähigt, uns aus dieser Abhängigkeit zu befreien. Wir können uns keine Sklavenvölker mehr unterjochen, ohne uns selbst für den kurzen Traum, Herrscher zu sein, kulturell zu opfern. Wir können in dem heutigen Deutschen Reich nur einer Wirtschaft dienen, die wir vielleicht aus dem einen Grunde als national bezeichnen dürfen, weil wir Anteil haben an der Verteilung der Gewinne aus ihr.

Seit der teilweisen Einigung der deutschen Nationalität im Reich ist ihre Bedeutung in allen andern europäischen Ländern faktisch zurückgegangen: seit den 1880er Jahren ziehen wir, teils durch die russische Regierung gezwungen, teils freiwillig unfre Kolonisten aus Rußland zurück; seit 1872 ist das Deutschtum in Galizien, das dort bis 1866 den Ton angab, zur geduldeten Schicht herabgesunken; in Ungarn kämpfen die Schwaben einen Verzweiflungskampf; in Bosnien mit seinen 25000 deutschen Beamten, gibt es keine staatliche höhere deutsche Schule; in Österreichisch-Schlesien ist es möglich geworden, daß die Deutschen, ähnlich wie im Mittelalter oder neuerdings in Rußland die staatlosen Juden, gehegt werden, ohne daß der deutsche Nationalstaat Mittel anwenden kann, solche Vorkommnisse ein für allemal zu verhindern. Das Reich in der Organisation, wie Bismarck sie geschaffen hat, erfüllt die Hoffnungen, die vor fünfzig Jahren in diesen Hefen gehegt wurden, nicht! Nationalpolitik und Staatspolitik gehen bei uns nicht Hand in Hand und das völkisch-kulturelle muß hinter dem staatlichen zurückstehen. Der wirtschaftende Staat macht sich wohl die hervorragenden wirtschaftlichen Eigenschaften des deutschen Stammes mehr und mehr nutzbar und sucht sie durch seine Einrichtungen im Innern, wie Schule und Heer, weiter zu entwickeln, aber national-deutsche Politik treibt er nicht! Er kann sie nicht treiben, weil er aus Selbsterhaltungstrieb bei uns zwischen den wirtschaftlichen Verbänden hin- und herlavieren muß, ebenso wie der Habsburgische zwischen den Nationalitäten in Österreich-Ungarn laviert.

Ich möchte diese Sätze gerade im Zusammenhang mit den Vorgängen in Serbien dem folgenden Aufsatz des Herrn Major Dr. von Szczeponski vorausschicken und zugleich an meine eignen früheren Ausführungen über Habsburgs Sorgen (Heft 27) und über das polnische Problem (Heft 26) erinnern. Die serbisch-österreichische Krise ist keine habsburgische Sorge allein, sie ist eine deutsche Sorge! Sie sollte alle Deutschen einmal veranlassen, die inneren Hader ruhen zu lassen und über den heimischen Zaun zu blicken, ob da nicht doch Verhältnisse eingetreten sind, die zum starken Betonen des Nationalen, zu Taten für das Volkstum auffordern.

George Cleinow

